

Fremd im eigenen Stadtteil geworden

Im Kieler Stadtteil Gaarden leben 23.000 Einwohner. Sie müssen sich das vorstellen als ein sozialer Brennpunkt mit vielen Menschen aus aller Herren Länder und Kulturen, ein beträchtlicher Teil arbeitet nicht für den eigenen Lebensunterhalt, sondern sie leben von - wie man das nennt - sozialen Transferleistungen. Also von dem Geld, das die anderen erarbeiten und versteuern.

Andere Länder, andere Sitten könnte man denken. Aber wie auch in anderen einstmaligen deutschen Großstädten mit einem besonders hohen Anteil von Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien - Dortmunder Norden, Gelsenkirchen - die teilweise auch in ihren Heimatländern schon in prekären Lebensverhältnissen hausten. So muss man es wohl sagen. Schlecht oder gar nicht ausgebildet, ist Deutschland das Land ihrer Träume, das Tor zu einem besseren Leben.

Ein Paar aus Gaarden hat mich vergangene Woche angeschrieben, zahlreiche Fotos über die Zustände in ihrer Straße geschickt. Sie schreiben:

„Wir haben Gaarden immer geliebt, aber wir kehren erst dann zurück, wenn sich die Zustände geändert haben. Die ständig wachsende Zahl von nicht integrierten Zuwanderern, die Clan-Mentalität, die Vermüllung sind zuviel für Gaarden...und auch für uns.“

Müllberge auf den Gesteigen, vollgeschissene Windeln, die aus den Fenstern auf die Straßen geworfen werden, ständig unertäglich laute Musik - man fragt sich, wer nimmt eigentlich Rücksicht auf die deutschen Ureinwohner, die hier ausgehalten haben?

Die Einwanderer sind EU-Bürger, die ihr Recht auf Freizügigkeit in Anspruch nehmen. Aber niemand sagt Ihnen, dass es hier auch Regeln gibt, die das Zusammenleben der Menschen möglich machen sollen. Im Internet sind zahlreiche Filme auf Youtube zu sehen, von Anwohnern [gefilmte](#) Schlägereien auf offener Straße, Bürger, die sagen „Es ist unerträglich geworden, hier zu leben“.

Der Staat resigniert in diesen Vierteln, die es auch in Duisburg, Hagen und anderswo in Deutschland gibt. Und wenn jemand das offen kritisiert - dann ist es halt Rassismus und der Kritiker, der die Zustände benennt, wird halt zum „Nazi“ erklärt.

So wie unser Staat an den Grenzen, so haben auch die Städte mit solchen Problemstadtteilen längst die Kontrolle verloren. Und die Menschen, die nicht das Geld haben, um wegzuziehen, müssen sich mit diesen Zuständen einrichten. Irgendwie.

Petition zur Migrationspolitik [hier](#)

Bitte helfen Sie uns, die Wirklichkeit für möglichst viele Bürger berichten zu können. Spenden Sie auf PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18

!

Zustellprobleme bei der „rumänischen Community“ in Duisburg

Die Deutsche Post stellt seit Wochen keine Briefe mehr in die Hausbriefkästen in einer Sackgasse im Duisburger Viertel Friemersheim zu. Als Grund nennt die Post „Sorge vor Corona-Infektionen“, doch das ist höchstens die halbe Wahrheit. Der eigentliche Grund ist das Verhalten der Anwohner dort gegenüber den Zustellern.

Friemersheim ist ein Teil des Stadtteils Rheinhausen mit heute fast 80.000 Bewohnern. Seit Jahren ist hier ein sogenannter sozialer Brennpunkt. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete 2013 umfangreich über drei Wohnblocks hier, in denen Hunderte Roma aus Rumänien untergebracht wurden. Die hygienischen Zustände eine einzige Katastrophe, Straßenprostitution und Kleinkriminalität explodierten. Die Süddeutsche ließ damals Anwohner zu Wort kommen, die offen aussprachen, dass viele der Neubürger nicht integrierfähig seien. Zitat: „Sie kacken auf die Straße, sie schreien bis tief in die Nacht.“

Aus der Stellungnahme der Post zu dieser Sackgasse in Friemersheim ist nicht genau zu erkennen, ob das da in der Nähe der genannten Problem-Wohnblocks sein könnte. Wenn es um Migranten und Flüchtlinge geht, wird von offizieller Seite ja immer versucht, die tatsächliche Situation zu verniedlichen.

Im konkreten Fall der von den Zustellern gemiedenen Sackgasse jedenfalls seien Postautos immer wieder umzingelt und die Briefträger bedrängt worden von Anwohnern, die weder Masken trügen noch Abstand einhielten. Es habe auch bereits aggressive verbale Schlagabtausche gegeben. Und nun reicht es den Postmitarbeitern.

Die Sprecherin der Stadt Duisburg räumte immerhin gegenüber der WAZ ein, dass es schon vergangenes Jahr „Zustellprobleme vor allem bei der rumänischen Community“ gegeben habe. Und schon da habe man erfolglos Streetworker und Dolmetscher in Marsch gesetzt.

In diesen Zeiten ist es wichtig, die Dinge, die schief laufen, auch deutlich anzusprechen. Das machen wir. Bitte unterstützen Sie meine journalistische Arbeit mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 ! Vielen Dank!